

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Carl-Eduard von Bismarck, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Carl-Eduard von Bismarck (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte fast gesagt: Jetzt ist Otto wieder da. So hieß mein Ur-Ur-Großvater.

Wir beraten heute die Beschlussempfehlung zum Menschenrechtsbericht der Bundesregierung. Papier ist bekanntlich geduldig. So könnte man geneigt sein, den immerhin 370 Seiten starken Bericht der Bundesregierung auf den Lesestapel für die nächste Sommerpause zu legen.

Dies wäre allerdings ein fataler Fehler; denn der Menschenrechtsbericht der Bundesregierung ist das wichtigste amtliche Dokument zum Zustand der Menschenrechte weltweit und in Deutschland. Der Menschenrechtsbericht der Bundesregierung legt Zeugnis ab über Art und Ausmaß von Menschenrechtsverletzungen in aller Welt. Gleichzeitig stellt er dar, wie die Bundesregierung auf bi- und multilateraler Ebene aktiv wird, um grundlegende Menschenrechte in der Welt zu fördern.

An dieser Stelle möchte ich der Bundesregierung und insbesondere dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Günter Nooke, sowie seinem Vorgänger Tom Koenigs meinen herzlichen Dank für ihr Engagement aussprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ute Kumpf [SPD]: Wo ist der Nooke? - Gegenruf der CDU/CSU: Sie wissen doch ganz genau, wo er ist!)

Deutschland hat in Fragen der Förderung von Menschenrechten international einen ausgezeichneten Ruf. Dies darf für uns jedoch kein Ruhekissen sein. Ein Blick in die Tagespresse lässt erahnen, dass der Menschenrechtsbericht der Bundesregierung 2008 kaum dünner ausfallen wird. Eine Vielzahl von Ereignissen, bei denen Menschen um ihre grundlegenden Rechte gebracht werden, dürfen dies leider nicht zulassen.

Der Mord an der russischen Journalistin und Menschenrechtsverteidigerin Anna Politkowskaja vor zwei Wochen hat international große Bestürzung ausgelöst. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, dass es sich hierbei um einen politischen Mord gehandelt hat. Wie kaum eine andere Journalistin war Anna Politkowskaja für ihren Mut bekannt, Missstände wie Korruption und Menschenrechtsverletzungen im russischen Militär, insbesondere in der Krisenregion Tschetschenien, anzuprangern. Auch wenn Präsident Putin eine Aufklärung des Mordes angekündigt hat, bleibt ein fader Beigeschmack.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Äußerung Putins, die Ermordung Politkowskajas schade Russland und den Behörden in Tschetschenien mehr, als ihre Artikel es vermocht haben, verdeutlicht zum wiederholten Male den Zynismus und die Hybris des russischen Präsidenten. Und so verdient es unsere Aufmerksamkeit, wenn einer der führenden Menschenrechtsberater von Präsident Putin, Oleg Orlow, aus diesen Äußerungen die Konsequenzen gezogen und sein Amt niedergelegt hat. Gleichzeitig muss es uns mit äußerster Besorgnis erfüllen, dass die russische Polizei laut Agenturberichten vor einigen Tagen in der südrussischen Stadt Nasran eine Sympathiekundgebung für Anna Politkowskaja gewaltsam aufgelöst und fünf Demonstranten festgenommen hat. Dabei hatten die Teilnehmer der Kundgebung nur dazu aufgefordert, die Mörder der Journalistin unverzüglich ausfindig zu machen.

Russland ist zwar nur ein Land von vielen auf der Welt, in denen wir Verstöße gegen das Menschenrecht zu beklagen haben. Aber die Vielzahl an Besorgnis erregenden Nachrichten in diesen Tagen rechtfertigt meiner Meinung nach die besondere Aufmerksamkeit, die wir gerade diesem politischen Partner widmen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Fall Politkowskaja reiht sich in eine Serie von Morden an Journalisten in Russland ein. In den Jahren 1996 bis 2005 sind in Russland 24 Journalisten von Auftragskillern umgebracht worden. Was ist in diesem Land los, welches Mitglied der UN und des Europarates ist und eine Vielzahl von Menschenrechtskonventionen unterschrieben hat? Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschenrechtskonventionen zu Lippenbekenntnissen degradiert werden!

Lassen Sie mich an dieser Stelle nur ganz kurz auf das Schicksal des in Russland inhaftierten Michail Chodorkowski eingehen; denn ich weiß, dass wir uns keinesfalls nur auf prominente Opfer von Menschenrechtsverletzungen konzentrieren dürfen. Die Vielzahl der Missetaten auf dieser Welt findet im Verborgenen statt. Dies geschieht leider in viel zu vielen Ländern. Opfer sind zu Tausenden meistens namenlose und entrechtete Menschen ohne Fürsprecher und Unterstützung. Wir wissen, dass das leider so ist. Wir müssen das Schicksal dieses Michail Chodorkowski dennoch verfolgen; denn sollte Russland, welches derart mit der westlichen Staatengemeinschaft verbunden ist, in seinem eigenen Land selbst das Menschenrecht eines so prominenten Opfers missachten, dann wissen wir ungefähr, wie es um den Rest der Welt steht, um das einmal ganz banal auszudrücken.

Diese Vorfälle zeigen, wie wichtig es ist, dass sich der Westen mit geschlossener Stimme gegen Akte der Willkür und Unmenschlichkeit und für die Einhaltung von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Verfahren einsetzt. Diese Aussage ist keine Banalität, sondern sie entspringt der Erkenntnis, dass der Westen massiv an außenpolitischem Einfluss verlieren wird, wenn wir unsere Interessen und Wertvorstellungen nicht klar und geschlossen artikulieren und konsequent vertreten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Folgendes - damit komme ich zur zweiten Vorlage, die wir heute zu beraten haben - treibt mich außerdem um: Im neu gegründeten UN-Menschenrechtsrat sind die menschenrechtsfreundlichen Staaten mittlerweile in der Minderheit. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Günter Nooke, hat es Anfang der Woche auf einer Veranstaltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion klar ausgeführt. Im UN-Menschenrechtsrat ist mittlerweile Pakistan als Sprecher der Länder der Islamischen Konferenz zum Hauptakteur geworden. Die 45 Außenminister der Organization of the Islamic Conference, OIC, haben 1990 in Kairo eine Erklärung unterschrieben, die sich letztlich von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verabschiedet, weil die Einhaltung der Menschenrechte unter den Vorbehalt der Scharia gestellt wurde.

Viele dieser Staaten sind jetzt Wortführer im Menschenrechtsrat. Sie bilden einen starken Block, der mit unseren Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten nicht viel gemein hat. China vertritt als ebenfalls gewähltes Mitglied die Position, dass Staaten wegen ihrer kulturellen Hintergründe unterschiedliche Ansichten zu Menschenrechten haben könnten. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wie soll es dann zu einer universellen Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte in der Welt kommen?

Hier darf die westliche Staatengemeinschaft nicht wegsehen. An dieser Stelle müssen wir in Zukunft auch bereit sein, Konflikte einzugehen, die wir jetzt noch zu vermeiden versuchen. Wir sind es den Opfern von Menschenrechtsverletzungen schuldig. Wir sind es unter anderem Anna Politkowskaja schuldig.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)